
Hintergrund

Der Berliner Senat setzt in seiner Wärmeplanung einseitig auf den massiven Ausbau der überwiegend fossil erzeugten Fernwärme der landeseigenen BEW. Der Entwurf des Berliner Wärmeplans, der dem Rat der Bürgermeister (RdB) zur Stellungnahme vorliegt, enthält keinen aktuellen Dekarbonisierungsfahrplan. Dieser muss erst bis zum 31. Dezember 2026 vorgelegt werden. Damit fehlt eine klare Strategie, wie das Fernwärmenetz von fossilen Brennstoffen unabhängig werden könnte.

Der Berliner Wärmeplan setzt auf die Fortführung der Erdgasnutzung oder, wie im Fall des Holzkraftwerkes Ruhleben, die Verlängerung der industriellen Verbrennungsstrategie, obwohl der Brennstoff Holz ebenfalls klimaschädlich ist.

Die Wärmeplanung bewertet die Potenziale der oberflächennahen Geothermie in der Innenstadt deutlich zu gering. Nur so kann die Fernwärme überhaupt als eine alternativlose oder die wirtschaftlich günstigste Versorgungsvariante für den größten Teile des Innenstadtgebietes dargestellt werden. Die offizielle Karte 2.2 „Potenzialanalyse oberflächennahe Geothermie“ zeigt für die Innenstadt überwiegend weiße Flächen, was das Fehlen solcher Potenziale suggeriert. Dabei werden dort nur Flächen für sehr große Erdwärmesondenfelder (ab 250 EWS) als Potenziale aufgeführt. Tatsächlich ermöglicht die Verfügbarkeit öffentlicher und privater Flächen bis weit in die Innenstadt hinein die Anlage von kleineren EWS-Feldern, die aber effektiv einen erheblichen Teil des Gebäudebestandes versorgen könnten. Der Senat hat aber die ihm vorliegende, im Auftrag der BEN Berlin Energie- und Netzholding erstellte Studie der GeoEnergy Konzept GmbH (GEK) zum Nutzungspotenzial der oberflächennahen Geothermie, die diese Potenziale umfassend darstellt, bislang nicht veröffentlicht.

Zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie die GEK kommen jüngste Untersuchungen der GASAG Solution Plus, die in der Zeitschrift Geothermie 11/2025 veröffentlicht wurden. Sie zeigen, dass oberflächennahe Geothermie bis in die Berliner Innenstadt hinein den Heizwärmebedarf den von erheblichen Teilen des Gebäudebestands decken könnte.

Angesichts der Preisschocks durch den Irankrieg und der großen Potenziale oberflächennaher Geothermie fordern das Bezirksamt, der BUND Berlin und der Berliner Mieterverein systematische Vergleiche für die Ausbaugebiete der Fernwärme der BEW. Diese sollen die CO₂-Emissionen sowie die Kosten für Endnutzer bei Fernwärme und bei alternativen Lösungen auf Basis lokaler erneuerbarer Energien gegenüberstellen.

Wo erneuerbare Energiequellen Vorteile hinsichtlich der Kosten oder beim Erreichen von Klimaschutzzielen Vorteile bieten, fordern das Bezirksamt, der BUND Berlin und der Berliner Mieterverein Öffnungsklauseln für die Bestands- und Ausbaugebiete der Fernwärme. Neue Nahwärmenetze auf Basis erneuerbarer Energien müssen bei Entwicklung und Umsetzung auch in den zentralen Versorgungsgebieten der Fernwärme öffentliche Anerkennung und Unterstützung erhalten, die ihren Vorteilen bei den von Endnutzern zu tragenden Kosten und bei Emissionen entspricht. Das bedeutet mindestens die gleiche, möglicherweise auch eine deutlich bessere öffentliche Unterstützung als die der Fernwärme.

Die Transparenz bei der Wärmeplanung muss auch den Zugang zu und die Nutzung von Wärme aus Abwasser umfassen. Die Berliner Wasserbetriebe müssen auf die Offenlegung bestehender Nutzungen von WaA-Potenzialen verpflichtet werden. Ebenso auf zu begründende, kriterienbasierte Entscheidungen bei der wettbewerblichen Vergabe von neuen Nutzungsmöglichkeiten. Dabei sollen die wärmetechnische Effizienz und soziale Kriterien der Endnutzer bewertet werden.

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf unterstützt für das Quartier Klausenerplatz seit langem die Entwicklung von Konzepten für die Nutzung lokaler erneuerbarer Wärmequellen. Eine 2020 initiierte Untersuchung und technische Machbarkeitsstudie des IÖW zeigte, wie in einem Block Bestände der Gewobag mittels der im Nordwesten des Quartiers anliegenden Wärme aus Abwasser mit Heizwärme versorgt werden können (Elisa Dunkelberg, Alexander Deisböck, Bernd Hirschl, Tino Mitzinger, Johannes Röder, Steven Salecki, Pablo Thier, Timo Wassermann (2020): Keimzellen für eine Quartierswärmeversorgung
Abwasserwärmenutzung durch Gebäude einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft in einem Berliner Bestandsquartier, Arbeitsbericht 1, Berlin).

Mit Bekanntwerden der Ausbaupläne der BEW-Fernwärme für das Quartier und der Wärmeplanung des Senats, die den Kiez ebenfalls den zentralen Versorgungsgebieten der Fernwärme zuordnete, hat der Bezirk 2025 das E.ON Energy Research Center der RWTH Aachen mit einer Untersuchung beauftragt, die verschiedene Wärmeversorgungssysteme hinsichtlich ihrer CO₂-Emissionen und Kosten verglich. Die Gegenüberstellung von acht Versorgungsvarianten ergab dabei, dass die Fernwärme sowohl die höchsten Emissionen verursacht, als unter Zugrundelegung von Preisen von Anfang 2025 auch die zweithöchsten Wärmegestehungskosten verursacht.

Eine Variante mit Wärme aus Abwasser und kaltem Nahwärmenetz zeigte deutlich günstigere Kosten zwischen 14,16 und 14,22 ct/kWh (Joel David Schölzel, Moritz Zuschlag, Thilo Mandelartz, Rita Streblov, Dirk Müller: Optimierung der Quartierswärmeversorgung: Techno-ökonomische und ökologische Analyse der Berliner Stadtquartiere Klausenerplatz

und Mierendorff-Insel, White Paper, 1. Auflage, RWTH Aachen University, E.ON Energy Research Center, Institute for Energy Efficient Buildings and Indoor Climate (EBC), Aachen, 2025).

Das Bezirksamt wies in seiner Stellungnahme zum Wärmeplan 2026 darauf hin, dass sich die Fernwärmepfanungen von BEW und Senat am Klausenerplatz auf ein Gebiet erstrecken, das als Milieuschutzgebiet besonderen Schutz genießt und dessen Wohngebäude zugleich zum großen Teil zu den energetisch ineffizientesten Wohngebäuden im Bezirk gehören.

Die jüngste Preisentwicklung der fossilen Energieträger macht aus Perspektive des Bezirksamtes die Planungen für das Quartier mit einer überwiegend fossil erzeugten Fernwärme obsolet, zumal für ein Milieuschutzgebiet mit energetisch schlechtem Gebäudebestand. Stattdessen fordert der Bezirk vom Berliner Senat, die landeseigene Gewobag bei der Auswahl einer klimafreundlicheren und - hinsichtlich der von den Mieterinnen und Mietern zukünftig zu tragenden Heizkosten - sozialverträglicheren Versorgungsvariante für das Quartier zu unterstützen. Wie auch in anderen Innenstadt-Quartieren (des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf) sind Voraussetzungen für ein lokales Nahwärmenetz in Form von lokalen erneuerbaren Energiequellen gegeben, sowie technisch-ökonomische Parameter untersucht und bestätigt. Was es jetzt braucht, ist die Beseitigung von Barrieren im Wärmeplanungs-Regime sowie angemessener Entscheidungen.

Der Senat muss die Personalausstattung der Bezirke für Umsetzungsplanungen zur gesamtstädtischen Wärmeplanung verbessern und Kürzungen im EU-kofinanzierten Programm BENE zurücknehmen, um die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung in einem komplizierten Genehmigungs- und schwieriger gewordenen Förderumfeld die notwendige Unterstützung erhalten.